

## Antrag

der SPD-Fraktion,  
der CDU-Fraktion und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Industrielle Abwärmepotenziale zur Einspeisung ins Fernwärmenetz nutzen**

Der Landtag stellt fest:

Deutschland importierte bis zum Jahr 2022 mehr als 50 Prozent seines Gasbedarfs aus der Russischen Föderation. Die aktuellen geopolitischen Ereignisse machen deutlich, dass Deutschland und Brandenburg von Energieimporten unabhängiger werden müssen.

Die Energiestrategie 2040 der brandenburgischen Landesregierung hält außerdem fest, dass 90 Prozent der Wärme für die Fernwärmenetze in Brandenburg noch aus fossilen Ressourcen stammen. Um das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2045 zu erreichen, braucht es hierfür Alternativen.

Deutschlandweit könnten durch die Nutzung von Abwärme energieintensiver Unternehmen eine halbe Million bis zwei Millionen Haushalte mit Wärme versorgt werden. Gleichzeitig müssen für eine gesicherte und kontinuierliche Stromversorgung in Brandenburg entsprechende (Backup-)Systeme vorgehalten werden, um eine unterbrechungsfreie Versorgung für die Bevölkerung, aber auch für die Wirtschaft und Industrie zu gewährleisten. Da es sich dabei um Anlagen handelt, die im Idealfall nicht oder nur kurzzeitig genutzt werden, wird dabei aktuell noch auf Gas oder Öl zurückgegriffen.

Bis ausreichend grüner Wasserstoff in Brandenburg produziert wird, gibt es eine Übergangsphase für die Herstellung von nicht ausschließlich aus erneuerbaren Energien produziertem Wasserstoff. Auch die Bundesregierung geht in der nationalen Wasserstoffstrategie gleichzeitig davon aus, dass auf dem sich entwickelnden globalen und europäischen Wasserstoffmarkt auch CO<sub>2</sub>-neutraler (z. B. „blauer“ oder „türkiser“) Wasserstoff gehandelt wird, weshalb auch in Deutschland CO<sub>2</sub>-neutraler Wasserstoff eine Rolle spielen und, wenn verfügbar, auch übergangsweise genutzt werden wird. Hierfür kann auch „orangener“ Wasserstoff aus Abfällen als Beispiel dienen, der übergangsweise in Gas H<sub>2</sub> ready Wärmekraftwerken genutzt werden kann.

Für die Nutzung von Wasserstoff in Backup-Systemen sowie in H<sub>2</sub>-ready-Gaskraftwerken ist die Integration dieser Anlagen an das geplante Wasserstoffleitungsnetz notwendig, um einen Beitrag zur Systemsicherheit und Grundlastfähigkeit zu leisten.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalstellen und Haushaltsmittel die Landesregierung auf,

1. den Ausbau des bestehenden Fernwärmenetzes zu unterstützen,
2. eine Übersicht über vorhandene Wärmequellen im Land zu erstellen und diese Gemeinden und Unternehmen zur Verfügung zu stellen,
3. Gemeinden sowie Unternehmen verstärkt über die Möglichkeiten der Integration von Wirtschaftsunternehmen mit Abwärmepotenzial in das bestehende Fernwärmenetz (über kommunale Wärmepläne) zu informieren und zu beraten, die Vernetzung von Anwendungsprojekten mit interessierten Unternehmen und Gemeinden bspw. über die Energieagentur zu unterstützen und einen Rahmen zum Austausch von Akteuren zu schaffen,
4. die Integration von anderen Abwärmequellen in das bestehende Fernwärmenetz zu unterstützen.

Begründung:

Die Energiekosten in Deutschland und damit auch in Brandenburg sind mit die höchsten in Europa. Die Preise haben sich angesichts der angespannten Situation auf den Weltmärkten im letzten Jahr deutlich erhöht.

Darüber hinaus sehen die Sektorziele des Klimaplanes vor, im Gebäudesektor bis 2030 83 Prozent an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten gegenüber 1990, 2040 97 Prozent und 2045 100 Prozent einzusparen. Zur Sicherung der Versorgungssicherheit im Bereich der Energie- und Wärmeversorgung und einer möglichst weitgehenden Vermeidung von fossilen ausländischen Importabhängigkeiten ist eine ausreichende regionale Kapazität an Strom- und Wärmeversorgung in Brandenburg erforderlich. Hierbei müssen alle regionalen Potenziale genutzt werden. Insbesondere das Abwärmepotenzial bei Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen und Handel ist noch nicht vollständig ausgeschöpft. Gerade in Brandenburger Städten müssen dafür die lokalen Wärmenetze weiter auf- und ausgebaut werden.